

## Länderpapier Estland

Seit der Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit von der Sowjetunion im Jahr 1991 ist Estland eine parlamentarische Demokratie. Die Staatsangehörigen Estlands (etwa 70 Prozent Esten, 25 Prozent Russen, 5 Prozent Andere) sind um die Bewahrung ihrer jungen Demokratie und den Aufschwung ihrer Republik bemüht. Die Aussicht, durch die Gewinnung neuer Partner politische Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten und das Wirtschaftswachstum anzuregen, waren die Hauptmotive für den EU-Beitritt Estlands im Jahr 2004. Das Referendum erbrachte mit 66,9 Prozent der Stimmen für den Beitritt die niedrigste Zustimmungsrates unter den neu beigetretenen ost- und mitteleuropäischen Mitgliedstaaten (Europaskepsis). Auch die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2004 war mit 26,8 Prozent sehr niedrig. Nachdem sie 2009 mit 43,9 Prozent über dem EU-Durchschnitt gelegen hatte, sank sie 2014 wieder auf unterdurchschnittliche 36,4 Prozent ab.

Die 1,3 Millionen Einwohner\*innen werden aktuell von sechs Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten. Mittlerweile gilt Estland als Modellbeispiel für eine erfolgreiche europäische Integration: 2007 trat es dem Schengen-Raum bei und schaffte die EU-Grenzkontrollen ab. Als eines der wenigen Länder stimmte das estnische Parlament (91/101 Abgeordneten) – ohne die Notwendigkeit eines Volksentscheids – dem Vertrag von Lissabon (2009) eindeutig zu. Zwei Jahre später folgten der Beitritt zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Einführung des Euro zum 1. Januar 2011.

Es gab seit der Unabhängigkeit Estlands keine terroristischen oder islamistischen Anschläge oder Aktivitäten. Die estnische Regierung hält die Wahrscheinlichkeit eines terroristischen Aktes in den nächsten 10-25 Jahren für unterdurchschnittlich. Gleichzeitig wird die durchschnittliche Gefahr gesehen, dass estnische Bürger\*innen Opfer eines Anschlags oder einer Entführung im Ausland (auch in Verbindung mit Terrorismus) werden könnten.

Gemäß der Europäischen Sicherheitsstrategie (2003) wird Terrorismus als eine der Hauptgefahren für die Sicherheit der Europäischen Union gesehen. Estland als Mitgliedsland der EU teilt diese Sichtweise. Die Anti-Terror-Strategie der Europäischen Union (2005) handelt vom Bekenntnis, Terrorismus global zu bekämpfen, um Europa sicherer zu machen und den EU-Bürger\*innen Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit unter Achtung der Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten zu gewährleisten. Estland legt das Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung terroristischer Finanzierungsquellen, der Bekämpfung von Cyber-Instrumenten für Terrorismus und der Prävention von Terrorismus und Radikalisierung sowie der Prävention der Rekrutierung für terroristische Organisationen.

Seit Beginn der Spannungen mit dem Nachbarland Russland unternimmt Estland Anstrengungen zum Schutz vor terroristischen Anschlägen auf atomare Einrichtungen.